

Liebe Leserinnen und Leser,
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 11.4.2019.

Aktuelle Anfragen

Aufgrund einer Anfrage von Tierschutz Freie Wähler (TFW) zur Auswirkung des Gerichtsurteils des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf, das das **Wildtierverbot in Zirkussen** der Stadt Krefeld aufgehoben hatte, teilte die Verwaltung mit, dass der nicht rechtskräftige Beschluss ausschließlich den Zirkus Busch und die Stadt Krefeld betrifft. Der Zirkus Busch hat für den Staufenplatz in der Zeit vom 9.9. bis 23.9. ein Gastspiel beantragt. Die Verwaltung geht davon aus, dass sie zur Genehmigung verpflichtet wird.

Eine Anfrage von TFW befasste sich mit dem **Brandschutt auf dem Gelände von Schwarz Weiß 06**. Die Verwaltung erläuterte, dass die Pflicht zur Übernahme der Abfälle aus dem Brandschaden bei Awista liegt. Der Brandschutt enthält Zink(aus dem Dach) und aufgrund der Imprägnierung mit Chrom belastetes Altholz. Diese Abfälle wurden getrennt erfasst. Die Entsorgung wird durch Awista organisiert und durch die Industrieterrain Düsseldorf AG bis 12.4. durchgeführt. Die Aufsicht führt das Umweltamt. Die Verbrennung erfolgt entweder in der Müllverbrennungsanlage oder in Sonderabfallverbrennungsanlagen, die Deponierung je nach Schadstoffklasse. Es sind Fachbetriebe tätig. Die Container sind mit Planen abgedeckt und mit Bauzäunen abgesperrt.

Aufgrund einer Anfrage von Ratsherrn Dr. Wlecke teilte die Verwaltung mit, dass das **Albert-Einstein-Gymnasium** als Ersatzschule seit dem Schuljahr 2016/17 in angemieteten Räumlichkeiten in der Theodorstraße untergebracht ist. Die jüdische Gemeinde plante einen Neubau durch die IDR an der Borbecker Straße. Der Entwurf wurde aufgrund von Sicherheitsbedenken wieder verworfen. Falls die angemieteten Räume an der Theodorstraße nicht ausreichen, ist es Aufgabe des Ersatzschulträgers, neue Räume zu suchen. Die Verwaltung unterstützt dies im Rahmen der Vorgaben der Politik.

Auf Anfrage des Ratsherrn Dr. Wlecke zum **Stellenwert der Fortuna** teilte die Verwaltung mit, dass Fortuna ein wichtiges Aushängeschild und Ankermieter der Merkur-Spielarena ist. Die Arena wurde 2002-2004 entsprechend den Ansprüchen eines Erstligisten gebaut. D.LIVE erhält Mietzahlungen und Vermarktungserträge in einer Höhe, die sämtliche Kosten des Spielbetriebs sowie anteilige Kapital- und Betriebskosten decken. Fortuna wird nicht subventioniert. D.LIVE macht keine ökonomischen Profite zu Lasten Fortuna. Sämtliche Fragen sind im Vertrag zwischen Fortuna und D.LIVE einvernehmlich geregelt. Eventuelle Irritationen, die durch den Vertrag zwischen D.LIVE und dem KFC Uerdingen entstanden sind, sind hierdurch ausgeräumt.

Aufgrund einer Anfrage der Ratsfrau Krüger teilte die Verwaltung mit, dass das Gutachten des TÜV-Rheinland zu den vom **Abstellbahnhof Wersten** ausgehenden Geräuschmissionen dazu führte, dass das Eisenbahnbundesamt und die Bahn aufgefordert wurden, tätig zu werden. Bisher liegen noch keine Rückäußerungen vor.

Anfragen

Aufgrund einer Anfrage von TFW zum **Verkauf von Lebendfutter** teilte die Verwaltung mit, dass der Verkauf von Wirbeltieren - auch zu Futterzwecken - erlaubnispflichtig ist. Der Verkauf von Insekten ist nicht erlaubnispflichtig. Für die Erteilung der Erlaubnis ist das Amt für Verbraucherschutz zuständig; es muss ausreichendes Personal

nachgewiesen werden, es erfolgen Vor-Ort-Kontrollen der artgerechten Haltung durch einen amtlichen Tierarzt. Unangemeldete Kontrollen der Verkaufsstellen finden statt, bisher gab es keine Beanstandungen.

Aufgrund einer Anfrage von TFW zu **Gutachten und Rechtsberatungen** verwies die Verwaltung auf die im Zusammenhang mit einer ähnlichen Anfrage der Linken im März 2016 erteilte Antwort. Eine vollständige Erfassung erfolgt nicht. Informationen über die durch das Rechtsamt beauftragten Gutachten können durch Akteneinsicht gewonnen werden.

Zu einer Anfrage der CDU „**Home-Office-Offensive**“ erläuterte die Verwaltung zunächst die verschiedenen Modelle: Tele-Heimarbeit erfolgt zuhause an einem eingerichteten Büroarbeitsplatz mit IT Ausstattung. Bei mobiler Arbeit nutzen die Beschäftigten ihre mobilen Endgeräte. Beim Home Office nutzen die Beschäftigten ihre mobilen Endgeräte und arbeiten von zu Hause aus. Derzeit arbeiten 318 Beschäftigte in alternierender Telearbeit aufgrund einzelner Vereinbarungen, wenn die organisatorischen, personellen und fachlichen Voraussetzungen vorliegen. An mindestens 2/5 der Arbeitstage wird zuhause gearbeitet, an mindestens 1/5 der Arbeitstage im Büro. Die Erfahrungen sind überwiegend positiv. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Anzahl der Beschäftigten um rd. 60 erhöht.

Aufgrund einer Anfrage der CDU erläuterte die Verwaltung, dass der vorbeugende **Brandschutz** den Bauherren-Ämtern obliegt, während der betriebliche Brandschutz in die Zuständigkeit der Mieter/Nutzer fällt. Sie stellte das Überwachungssystem von Feuerwehr, Bauaufsicht und Katastrophenschutz dar. Wiederkehrende Prüfungen finden innerhalb von 3 bzw. 6 Jahren statt. Das Amt für Gebäudemanagement will jährlich 25 % der Gebäude begehen, um frühzeitig Defizite zu erkennen und zu dokumentieren um schon im Rahmen des laufenden Bauunterhalts diese zu beheben. Wird akuter Handlungsbedarf gesehen, werden Sofortmaßnahmen umgesetzt oder Kompensationsmaßnahmen ergriffen. Langfristige Maßnahmen werden in den Haushaltsplan aufgenommen. Bei Neubauten wird ein Brandschutzsachverständiger eingeschaltet.

Aufgrund einer Anfrage von BÜ 90 zur **Kunst am Bau im neuen U-Bahnhof Flughafen** der U 81 teilte die Verwaltung mit, dass die Gestaltung dieses Bahnhofes als hochwertige Eintrittspforte erfolgen soll. Sie soll sich von der Standardgestaltung abheben und eine Analogie zur Architektur des Flughafens haben. Blaues und grünes Glas sowie Granitboden und Gestaltungselemente des Skytrains sollen eingesetzt werden.

Anträge der Fraktionen

Der Antrag von TFW, die Verwaltung zu beauftragen, die treuhänderische für die Rheinbahn gehaltenen **RWE-Aktien** bis spätestens zum 30.4.2020 zum Preis von mindestens 22 Euro je Aktie zu verkaufen, fand keine Mehrheit.

Der Antrag von TFW, 2 Vollzeitstellen zu schaffen, damit diese die rd. 10.000 Einmündungen und etwa 1.900 Kreuzungen begutachten mit dem Ziel festzustellen, an welchen Stellen **barrierefreie Querungsanlagen** errichtet werden müssen, wurde auf Antrag der CDU in den Ordnungs- und Verkehrsausschuss überwiesen.

Der Antrag der Linken, im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche einen **autofreien Tag am 15.9.** durchzuführen, wurde mit den Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

Auf Antrag der Linken schloss sich der Rat gegen FDP und mehrere CDU-Mitglieder (Enthaltung einige CDU-Mitglieder) dem **ICAN-Städteappell** (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons) für einen Beitritt zum Vertrag der Vereinten Nationen zum Verbot von Atomwaffen an. Der Text des Appells lautet wie folgt:

„Unsere Stadt ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellt. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

Auf Antrag von BÜ 90/SPD/FDP beauftragte der Rat einstimmig die Verwaltung, die Voraussetzungen für einen **Aktions-Sonntag mit kostenloser Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs** im Spätsommer 2019 zu schaffen. Die Nachbargemeinden und Kreise sollen zur Beteiligung eingeladen und gewonnen werden. Ein Änderungsantrag der CDU, einen Aktions-Samstag auf Düsseldorfer Stadtgebiet durchzuführen und zu evaluieren, wurde von SPD, FDP, BÜ 90 und Linken abgelehnt.

Bericht aus der Kleinen Kommission Wehrhahnlinie

Die Prognose der Gesamtkosten (einschl. Sondermaßnahme Jüdischer Friedhof) beläuft sich per 31.12.2018 auf 888 Mio. Euro. Die Stadt strebt eine Erhöhung der Zuwendungen von Bund und Land an und hat die entsprechenden Unterlagen beim VRR eingereicht. Mit einer Entscheidung wird im Laufe des Jahres gerechnet. Die Kommission beendete ihre Tätigkeit.

Bericht aus der Kleinen Kommission U81

In der ersten Sitzung wurde Martin Volkenrath (SPD) als Vorsitzender gewählt. Die Projektorganisation orientiert sich am Projekt Wehrhahnlinie. Der Entwurf der voraussichtlichen Nebenbestimmungen des Planfeststellungsbeschlusses liegt der Verwaltung vor, mit dem Planfeststellungsbeschluss wird im Juni 2019 gerechnet. Der Zuwendungsantrag soll im April 2019 eingereicht werden. Derzeit laufen die Vergabeverfahren für die vorgezogenen Leitungsverlegungen. Die Beauftragung ist für August nach Vorliegen des Planfeststellungsbeschlusses und der Genehmigung des zuwendungsunschädlichen Baubeginns vorgesehen. Termin- und Kostenrahmen sind gegenüber dem Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss unverändert.

Bericht aus der Kleinen Kommission Schauspielhaus

Die Dach- und Fassadensanierung befindet sich im Termin- und Kostenrahmen. Eine Entscheidung der Denkmalbehörde zur Ausführung der neuen Verglasung im Erdgeschoss steht noch aus. Die Metallarbeiten der Blechfassade beginnen im Mai. Risiken bestehen insbesondere hinsichtlich der Entwässerungen für die Notentwässerung und die Regenrückhaltung.

Bericht aus der Kleinen Kommission Kö-Bogen

Im Bereich des Joachim-Erwin-Platzes erfolgt in Kürze die endgültige Fertigstellung. Für das „Henning-Haus“ liegt ein Abbruchantrag vor. Die Rohbauarbeiten des Kö-Bogen 2 sind abgeschlossen, die Erschließungsarbeiten in der Bleichstraße laufen planmäßig. Der Gustav-Gründgens-Platz wird im Frühjahr 2020 fertiggestellt. Die Planungen zur Neugestaltung der Shadowstraße starten mit ersten Maßnahmen im Mai 2019. Zwischen Bleichstraße und Jacobistraße startet der Gleisusbau, die Leitungsverlegung durch die Stadtwerke und die Verlagerung einer provisorischen Fahrbahn

auf den Gehweg. Bäume, die für das Endkonzept nicht erhalten werden können, werden entfernt.

Verwaltungsvorlagen

Der Rat bestätigte einstimmig den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften **Gesamtabschluss zum 31.12.2015** und beauftragte das Rechnungsprüfungsamt mit der **Prüfung des Gesamtabchlusses 2016** „Konzern Stadt“.

Der Rat beschloss einstimmig die **Benennung des „Kö-Bogen-Tunnel“ und des „Rheinufertunnel“**.

Der Rat änderte einstimmig den Schulnahmen der Städtischen Realschule Golzheim in Städtische **Toni-Turek-Realschule**. Die Realschule erhält einen Neubau an der Klappheckstraße 31 im Stadtteil Stockum, sodass sich eine Änderung des Namens anbietet.

Der Rat änderte einstimmig vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksregierung die Satzung der unselbständigen **Carl- und Ruth-Lauterbach-Stiftung**. Aufgrund neuer Erkenntnisse bezüglich der Biographie Carl Lauterbachs soll sich der Akzent der Stiftungsarbeit auf die Förderung kritischer Auseinandersetzung mit Extremismus und Antisemitismus verschieben.

Der Rat beschloss gegen Rep bei Enthaltung der AfD **Richtlinien zur freiwilligen Förderung des Lebensunterhalts für Geflüchtete in Ausbildung** rückwirkend ab 1.1.2019. Im Rahmen einer Härtefallregelung sollen 30-35 Geflüchtete, die nach Abschluss ihres Asylverfahrens eine Duldung erhalten haben, Leistungen erhalten, um ihre Ausbildung abschließen zu können. Für 2019 stehen bis zu 120.000 Euro aus der vom Bund zusätzlich bereitgestellten Integrationspauschale bereit.

Der Rat beschloss einstimmig die **Ausweitung der Öffnungszeiten der Zentralbibliothek**. Ab 1.7.2019 wird testweise für ein Jahr montags bis freitags bereits um 10 Uhr geöffnet (bisher 11 Uhr). Samstags soll von 10 bis 16 Uhr geöffnet werden (bisher 11 bis 14 Uhr). In der Zeit von 19 bis 20 Uhr (montags bis freitags) und 14-16 Uhr (samstags) ist nur ein Wachdienst anwesend, sodass es keinen Kundenservice gibt. Die Erfahrungen sollen in die Planungen für die Öffnungszeiten der neuen Zentralbibliothek am Konrad-Adenauer-Platz 1 als „Open Library“ einfließen.

Der Rat beschloss einstimmig die Verlängerung des für einen Zeitraum von 5 Jahren beschlossenen **Chancengleichheitsplans** längstens bis zum 9.10.2019. Derzeit wird an einer Fortschreibung gearbeitet, die auch die großen Umstrukturierungen innerhalb der Verwaltung berücksichtigt wie die Neugründung des Amtes für Migration und Integration und die Neuausrichtung des Amtes für Einwohnerwesen und des Amtes für Soziales.

Der Rat beschloss gegen TFW bei Enthaltung von CDU, Rep und AfD das **Rahmenkonzept für die integrierte Quartiersentwicklung ZUKUNFT.QUARTIER.DÜSSELDORF** und beauftragte die Verwaltung,

- den Quartiersatlas als Instrument der Raumbearbeitung weiter zu qualifizieren und zu verstetigen, aus den Handlungsräumen zwei Vertiefungsräume zu identifizieren,
- die vorgeschlagenen Projekte und Maßnahmen unter Berücksichtigung des obersten Ziels („Alle Menschen in Düsseldorf haben in allen Quartieren ähnliche Lebens- und Entwicklungschancen. Sie profitieren gleichermaßen von der Dynamik der Stadt“ und der strategischen Ziele (Raumbearbeitung, Entscheidungsgrundlage,

- Fördermittelakquise, verbesserte Prozessorganisation), weiter auszuarbeiten und umzusetzen sowie weitere Projekte und Maßnahmen zu ermitteln und zu integrieren,
- die Ansätze zum Organisationsmodell, insbesondere die Einführung einer Stadtbezirkskoordination als Pilot weiterzuentwickeln und zu implementieren,
 - die Politik, insbesondere die Steuerungsgruppe kontinuierlich zu beteiligen.
- Interessant in diesem Zusammenhang eine Anmerkung von TFW: Eine Zielsetzung ist gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Stadtbezirken. Das ist nicht das Richtige. Wir wollen die Unterschiedlichkeit in den Quartieren erhalten.

Der Rat beschloss gegen CDU, AfD, TFW ab 1.5.2019 die **Änderung der Verwaltungsgebühren für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen nach der Straßenverkehrs-Ordnung zum Abstellen von Kraftfahrzeugen im öffentlichen Straßenraum.**

Personalien

Der Rat

- beschloss, dem Landesverkehrsminister vorzuschlagen, anstelle von Iris Bellstedt (BÜ90) Stefan Engstfeld MDL als stellv. Mitglied in die Lärmschutzkommission des Flughafens zu berufen;
- berief Ute Dröge (SPD) anstelle von Fabrice Witzke als Stellvertretung für Cornelia Mohrs in die Jury für darstellende Kunst.

Bauen

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung, die Planung durchzuführen und eine Kostenberechnung zu erstellen:

- **Sanierung der Fassaden- und Dachflächen am Lessing-Gymnasium/Berufskolleg**, Ellerstr. 84-94 mit vorläufigen Kosten von ca. 2,5 Mio. Euro. Der Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss soll im 1. Quartal 2020 gefasst werden, die Arbeiten sollen ab 1. Quartal 2021 ausgeführt werden;
- **Bau eines zweigeschossigen Hauses für Kinder, Jugendliche und Familien, Froschkönigweg/Dornröschenweg** mit Gesamtkosten von 6,7 Mio. Euro, davon Zuschuss des Landes 1,35 Mio Euro. Unter Beibehaltung der Bolzfläche soll eine Kindertageseinrichtung mit drei Gruppen vom Flinger Richtweg 62, die dort in einem provisorischen Pavillonbau untergebracht ist, verlagert werden, ca. 700 qm Fläche. Für den Kinder- und Jugendbereich (bisher in Containergebäuden untergebracht) sind verschiedene Gruppenräume nebst Verwaltungsbereichen sowie ein Café geplant, insgesamt 900 qm Fläche. Der Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss soll im 2. Quartal 2020 erfolgen, die Fertigstellung im 1. Quartal 2022. Im Stellenplan sind 13,5 zusätzliche Stellen ab Fertigstellung zu berücksichtigen. Das Projekt soll durch die Immobilien Projekt Management GmbH (IPM) abgewickelt werden.

Der Rat beschloss einstimmig die Ausführung und Finanzierung des folgenden Projektes:

- **Erweiterung und Umbau des von der Kath. Grundschule St. Cäcilia und der Gemeinschaftsgrundschule Schloss Benrath gemeinsam genutzten Gebäudes Erich-Müller-Str. 31** zur Erhöhung der Zügigkeit von ein auf zwei Züge an der Kath. Grundschule. Ein dreigeschossiger Neubau und der Umbau der Bestandsgebäude einschließlich von Räumen für den Offenen Ganztags und eine Mensa verursachen Kosten in Höhe von 18,2 Mio. Euro. Baubeginn ist im 1. Quartal 2020, Fertigstellung im 2. Quartal 2022. Zusätzliche Schulhausmeisterstellen und Sekretariatsstellen werden ab 2021 in den Stellenplan aufgenommen. Für erste

- Maßnahmen in 2019 stellte der Rat überplanmäßige Mittel in Höhe von 1,4 Mio. Euro bereit;
- Erhöhung der Zügigkeit von zwei auf drei durch **Erweiterung und Neubau einer Mensa und einer Sporthalle an der Katholischen Grundschule Florensstraße**, Heinsenstr.21 (Hamm) mit Gesamtkosten von 15,9 Mio, davon 0,5 Mio. Euro Landesmittel. Der Rat stelle für erste Maßnahmen 1,8 Mio Euro. Überplanmäßig bereit. Baubeginn im 1. Quartal 2020, Fertigstellung im III. Quartal 2022:
 - **Erweiterungsbau an der Carl-Benz-Realschule**, Lewittstraße 2, für 6 Unterrichtsräume und Differenzierungsräume sowie Neubau einer Dreifach-Sporthalle am benachbarten Cecilien-Gymnasium zur Erhöhung der Zügigkeit von zwei auf drei Züge, Gesamtkosten 19,7 Mio. Euro. Für 2019 stellte der Rat überplanmäßig 3,7 Mio. Euro bereit. Baubeginn ist im 1. Quartal 2020, Fertigstellung im 1. Quartal 2022. Die Maßnahme wird durch die Immobilien Projekt Management GmbH (IPM) abgewickelt.

Bei der langen Sitzungsdauer lässt die Aufmerksamkeit schon mal etwas nach. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

**V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de**